

mehrheitlicher Beschluss Nr. 59-2021 (20. Legislaturperiode) des Beirates Osterholz

Weiterentwicklung der Recyclingstationen

Der Beirat beschließt:

Im November 2020 wurde bekannt gegeben, dass die Bremer Stadtreinigung (DBS) ihre insgesamt fünfzehn Recyclingstationen in Bremen neu aufstellen möchte. Während die großen Stationen modernisiert werden sollen, sieht der Entwicklungsplan für sieben Stationen eine Reduktion auf „Grünschnitt“ vor. Zudem sollen diese Stationen nur neun Monate im Jahr geöffnet sein und im November, Dezember und Januar geschlossen bleiben.

Der vorgestellte Entwicklungsplan berücksichtigt die Bedürfnisse der Bremer Bevölkerung und deren Lebensrealität nicht in ausreichendem Maße. Eine wortortnahe Entsorgung der Abfälle in den einzelnen Stadtteilen hat, auch vor dem Hintergrund einer CO₂-armen Anfahrt, oberste Priorität. Der Beirat Osterholz fordert, dass diese gesamtbremische wichtige Entwicklung übergreifend auch in Regionalkonferenzen diskutiert wird. Der Beirat Osterholz fordert, dass ein Zukunftskonzept für die Bremer Recyclingstationen folgende Grundsätze befolgt:

1. Die Öffnungszeiten der Recyclingstationen müssen einer Berufstätigkeit der Nutzer*innen Rechnung tragen. Die Schließung der Stationen über Monate lehnen wir kategorisch ab. Wir setzen uns für eine ganzjährige Öffnung der Recyclingstationen ein. Die täglichen Öffnungszeiten sollen auch künftig mindestens dem Standard der derzeitigen Öffnungszeiten entsprechen. Besonders der Samstag muss bürgerfreundlicher und lebensnah gestaltet werden. Eine Öffnung bis 20.00 Uhr ist daher für bestimmte Standorte eine sinnvolle Ergänzung.
2. Es muss ein flächendeckendes Angebot für ganz Bremen geschaffen werden, welches eine wortortnahe Abgabe der Abfälle und gleichzeitig Ausgewogenheit zwischen den Stationen gewährleistet. Grundsätzlich sollte für alle Bürger*innen eine Entsorgungsmöglichkeit in Fahrradentfernung angeboten werden. Hochmoderne Anlagen dürfen nicht zu Lasten von Anlagen mit kleinerem Angebot geplant werden. Auch kleinere Stationen müssen die Entsorgungsbedarfe im Stadtteil abdecken.

Das Netzwerk an Stationen muss sich an den bestehenden Anlagen orientieren und hieraus Bedarfe ableiten. Es ist zu prüfen, ob nach einem Jahr ein Monitoring der abgegebenen Müllmengen sinnvoll ist, um künftigen Bedarfen Rechnung zu tragen. Es ist jedoch in jedem Fall zu berücksichtigen, dass das Modernisierungskonzept durch ein ausgereiftes Verkehrskonzept flankiert wird, um Verkehrsüberlastungen zu verhindern. Es besteht die berechtigte Sorge, dass sich bei dem derzeit vorgesehenen Konzept die Verkehrssituation im Umkreis der „großen Stationen“ weiter zuspitzt.

3. Ein Entwicklungsplan für die Bremer Recyclingstationen muss weiterhin mit Maßnahmen aus der Arbeitsmarktpolitik sinnvoll flankiert werden. Die Arbeit auf den Recyclingstationen lässt sich sehr sinnvoll mit den Instrumenten der Beschäftigungsförderung ergänzen. Daher sind arbeitsmarktpolitische Programme, nach dem Beispiel der Umweltwächter, in das Zukunftskonzept zu integrieren, um in den Stadtteilen Programme zu verstetigen und auszuweiten. Auf diese Weise kann der Diskussion um verlängerte Öffnungszeiten aus einer rein wirtschaftlichen Perspektive begegnet werden. Auch darf es keine wirtschaftlichen Nachteile für die GRI (Gröpelinger Recycling Initiative) durch eine Modernisierung und Änderung der Öffnungszeiten der Recyclingstationen geben.

Bremen, 26.03.2021
gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Ulrich Schlüter
(Ortsamtsleiter)